

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/83

Bonn, den 5. Mai 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
-----		-----

1 - 11a	<u>25mal der 8. Mai</u>	72
---------	-------------------------	----

Von Karl Wienand, MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

2	<u>Paris - Warschau</u>	36
---	-------------------------	----

Volle Übereinstimmung in der Frage Oder-Weiße-Grenze

3	<u>"Ochsentour" für Kripo-Beamte wird abgeschafft</u>	47
---	---	----

Kleine Laufbahnreform bei der Polizei in Hessen

4	<u>Die Junta hat Kredit verspielt</u>	47
---	---------------------------------------	----

...Trotzdem pompöse Feiern

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

- Brandt: Von den Realitäten ausgehen
- Wehner: Wir geben unsere eigene Verfassung nicht auf
- Kriegsschadenrente wird umfassend verbessert
- Seligers prophetische Worte
- Die bäuerlichen Vertriebenen dürfen nicht Schaden leiden
- Berechtigte Forderungen der Fliegergeschädigten

25mal der 8. Mai

Von Karl Wienand,
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Friedrich Meinecke, hochbetagt schon, stellte seine Betrachtungen über die "deutsche Katastrophe" an. Die Trümmer des Krieges waren für diesen sensiblen Mann nicht allein das Resultat roher physischer Gewalt. Stand nicht auch die Geschichtswissenschaft, die ihn selbst auf ein hohes Podest gestellt hatte, vor den zertrümmerten Resten eines einstmals stolzen Gebäudes, das in seiner Pracht die hohen Werte deutschen Geistes symbolisierte und auf dem festen Boden gewachsener Tradition eine alles in allem friedliche und kraftvolle Zukunft signalisierte? Die oft bizarren Formen der materiellen und geistigen Verwüstung - sie erhoben sich, Wegweisern gleich, wie eine Armee von Fragezeichen, in die Frühlings- und Sommerluft des Jahres 1945.

Siegfried A. Kaehler, ein anderer Mächtiger aus der Zunft der Historiker und auch er ein Mahner, eröffnete am 18. September 1945 vor Göttinger Studenten seine Vorlesung, und wie ein Zeichen an der Wand stand seine Überschrift: "Vom dunklen Rätsel deutscher Geschichte." "Dieses dunkle Rätsel", so sagte er, "wird bleiben der düstere Begleiter unseres Lebensweges, wie lang oder wie kurz er sein mag." Und "ein fruchtbar zukunftsreicher Satz" kam Kaehler in die Erinnerung, ein Satz aus dem Hitlerschen Kampfbuch: "Eine Diplomatie hat dafür zu sorgen, daß ein Volk nicht heroisch zugrundegeht, sondern praktisch erhalten wird. Jeder Weg, der hierzu führt, ist dann zweckmäßig, und sein Nichtbegehen muß als pflichtvergessenes Verbrechen bezeichnet werden." Die treffendste Kritik, so meinte Kaehler, der nationalsozialistischen Außenpolitik, und diese in der Festungshaft von Landsberg niedergeschriebene Erkenntnis könne von keinem außenstehenden Kritiker überboten werden.

Kaehlers Leitmotiv hat mich immer fasziniert. Wie könnten besser die Ursachen charakterisiert werden, die zur deutschen Katastrophe hinführten, als durch den Hinweis auf jenes "dunkle Rätsel", das uns die deutsche Geschichte aufgibt? Nicht jeder versteht sich darauf, Rätsel zu lösen, und manch ein Rätsel entzieht sich jeder Lösung. Ist es so auch mit der Geschichte unseres Volkes und der Beleuchtung ihrer Hintergründe? Die Antworten auf diese Frage werden unterschiedlich

bleiben, die Auseinandersetzungen darum anhalten.

"Aber keine historische Auseinandersetzung bringt uns jetzt weiter." Bundeskanzler Willy Brandt stellte diese Erkenntnis in den einleitenden Teil seiner Rede in Erfurt am 19. März dieses Jahres. Am 8. Mai 1970 ist es 25 Jahre her, seit die Welt den Eindruck gewann, sie stünde vor einem finis germaniae. Im Namen des deutschen Volkes waren grauenhafte Taten verübt und Zerstörungen angerichtet worden, und es gab keine Parallelen, welche die Chronisten in ihren Büchern hätten nachweisen können.

Mit dem deutschen Reich war jene Ordnung zerstört worden, die zuletzt 1815 in Wien für Europa voller Hoffnung gefunden war und im wesentlichen ein Jahrhundert lang standgehalten hatte. Die Weisheit, mit der die in Österreichs Hauptstadt versammelten Staatsmänner aus Werk gingen, fehlte 1919. Die Nachfolger aus den Staatskanzleien bestanden die Probe nicht, ein neues und dauerndes Sicherheitssystem für den Kontinent zu finden, geschweige denn eine Friedensordnung. Es war zuviel schlechte Saat dabei in Versailles.

Unsere europäischen Nachbarn und die anderen Völker dieser Welt werden sich am 8. Mai des Tages erinnern, mit dem eine der Ursachen für die gegenwärtige Lage in Deutschland und in Europa verknüpft ist. Sie werden dies mit sehr unterschiedlichem Impetus tun, und manch eine Rede an diesem Tag, manch eine Passage wird uns daran erinnern, wofür uns die Welt vor 25 Jahren in Haftung nahm.

Die Demokraten in Deutschland haben keinen Anlaß, aus dem 8. Mai einen Feiertag zu machen. Sie sind es aber ihrer Würde und ihrer Verantwortung schuldig, nicht zu schweigen. Die materiellen Trümmer sind fast beseitigt, die psychischen und physischen Leiden von Millionen Menschen weichen weniger schnell, sie bleiben oft für die Dauer des Lebens.

Wie wir nicht schweigen sollten, so steht es uns an diesem Tag gut zu Gesicht, den richtigen Ton zu finden. Was haben wir der Welt zu bieten? Nichts, was in die Nähe irgendeines Heilsgedankens geraten könnte. Unsere Aufgabe ist es, geduldig und ehrlich glaubhaft zu machen, daß wir Fortschritte für den Frieden und für Deutschlands und Europas Menschen erreichen wollen. Wir können unsere Bereitschaft dazu anbieten, ein neues Friedenssystem für Europa zu finden, in dem die Gewalt und deren Androhung ausgeschaltet werden sollen, und in dem unbeschadet aller gesellschaftlicher und politischer Unterschiede, die in der Charta der Vereinten Nationen und in ähnlichen großen Dokumenten niedergelegten Grundsätze befolgt werden.

+ + +

"Ochsentour" für Kripo-Beamte wird abgeschafft

Kleine Laufbahnreform bei der Polizei in Hessen

Bei der Kriminalpolizei Hessens wird die "Ochsentour" abgeschafft. Künftig können Abiturienten oder Realschulabsolventen mit abgeschlossener Berufsausbildung in zahlenmäßig unbegrenztem Umfang unmittelbar in die Kriminalpolizei eintreten, während bisher die Zahl der sogenannten "freien Bewerber" nur auf 10 Prozent der kriminalpolizeilichen Soll-Stärke beschränkt war. Junge Männer mit Hochschulreife oder mit mittlerer Reife und Berufsabschluß, die mit einem Eintritt in die Kripo liebäugeln, brauchen in Zukunft nicht vor einer dreijährigen Ausbildung bei der Bereitschaftspolizei zurückzuschrecken; sie können vielmehr sofort mit der kriminalfachlichen Schulung beginnen.

Auch für Beamte der uniformierten Polizei ist der Übergang zur Kripo erleichtert worden. Schutzpolizeibeamte, die zur Kriminalpolizei wollen und für den Dienst bei der Kripo besonders geeignet sind, brauchen sich jetzt nicht erst vorher ein bis zwei Jahre im Einzeldienst zu bewähren. Sie können unmittelbar nach Abschluß der Ausbildung an der Hessischen Polizeischule in die Kriminalpolizei übertreten.

Die zum 1. Mai 1970 wirksam werdende generelle "Öffnung" der Kriminalpolizei für "freie Bewerber" ist Teil einer "kleinen Laufbahnreform bei der hessischen Polizei", die Innenminister Dr. Johannes Strelitz auf einer Pressekonferenz erläuterte. Zu der neuen Regelung sagte der Minister, sie bringe ein Abrücken von dem Grundsatz der Einheitslaufbahn. Im Sinne einer qualitativen und quantitativen Verbesserung des kriminalpolizeilichen Nachwuchses sei es jedoch erforderlich gewesen, überholte Schranken zu beseitigen. Der Innenminister rechnet damit, daß noch in diesem Jahr etwa 100 "freie Bewerber" für die Kriminalpolizei eingestellt werden können.

Das neue Laufbahnrecht bringt auch eine erhebliche Verkürzung des Ausbildungsganges zum Kriminalkommissar. Abiturienten, die nach ihren Fähigkeiten und Leistungen für eine Verwendung im gehobenen Dienst geeignet sind, können in insgesamt 3 3/4 Jahren und Realschulabsolventen in 4 3/4 Jahren zum Kriminalkommissar ausgebildet werden. In der Novelle zur Polizei-Laufbahnverordnung für Realschulabgänger wird der Besuch der Unter- und Mittelstufe der Polizeifachschule nicht mehr zwingend vorgeschrieben. Für etwa 50 bis 60 Prozent des polizeilichen Nachwuchses, die einen Realschulabschluß mitbringen, wird sich damit die Ausbildungszeit bis zu einem halben Jahr verkürzen.

Rund 40 Prozent der Nachwuchsbeamten haben in den letzten Jahren im Grundjahr und während des Dienstes bei der Bereitschaftspolizei die Ausbildung abgebrochen und sind in einen Zivilberuf zurückgegangen. Die Ursache für den Abgang dieser Nachwuchsbeamten sieht man bei der Polizei vor allem in der bis vor kurzem noch bestehenden Möglichkeit für junge Männer, sich über den Umweg einer 1 1/2jährigen Polizeidienstzeit von der Wehrpflicht freizukaufen.

Es wird nun erwartet, daß die inzwischen in Kraft getretene Neufassung des Wehrpflichtgesetzes, nach der die Pflicht zum Wehrdienst erst nach einer dreijährigen Polizeidienstzeit wegfällt, dazu beitragen kann, die Ausfallquote unter den Nachwuchsbeamten herunterzuschrauben.

Die Junta hat Kredit verspielt

Trotzdem pompöse Feiern

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Die Suspendierung der Assoziierung Athens mit der EWG ist nach dem Beschluß der Assoziierungskommission des Gemeinsamen Marktes, dieses Abkommen zu überprüfen, in eine entscheidende Phase getreten. Am 19. Mai wird das Europäische Parlament in Straßburg seinen Beschluß fassen. Danach wird die endgültige Entscheidung des Ministerausschusses beraten.

In Wirklichkeit ist das Assoziierungsabkommen schon seit längerem eingefroren; viele fällige Protokolle werden nicht erneuert. Es ist auch bekannt, daß Athen seit dem Putsch vom 21. April 1967 kein Geld mehr von seinen Anleihen bei der Europäischen Investitionsbank in Brüssel erhalten hat; von 500 Millionen DM war bis dahin die Hälfte in Raten gezahlt worden. Vorgesehen war eine weitere Anleihe für Verbesserungen der Infrastruktur in Griechenland, über diese gibt es jetzt keine Diskussion mehr.

Die Bundesrepublik Deutschland war bis zum Staatsstreich von 1967 prozentual gesehen, das erste Export- und Importland für Griechenland. Am 2. April 1968 beschloß dann der Bundestag mit Zustimmung aller Fraktionen, bis zur Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in Griechenland dem Land keine bilaterale Wirtschaftshilfe mehr zu gewähren. Diese Entscheidung beruhte auf der Empfehlung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages und wurde in der Diskussion von der Abgeordneten Mattick der SPD- und Dr. Kopf der CDU/CSU-Fraktion unterstützt. Der Beschluß sah vor, zwar die früheren Vereinbarungen mit den griechischen demokratischen Regierungen einzuhalten, aber keine neuen Verträge zuzulassen.

Die Bundesregierung hat Athen also seit 1968 keine bilaterale Wirtschaftsunterstützung mehr gewährt. Nach dem Krieg hatte die Bundesrepublik Griechenland für über 800 Millionen DM Kredite zugestanden, zusätzlich seit 1958 jährlich eine nicht zurückzuzahlende, technische Hilfe in Höhe von 5 Millionen DM. Aber als vor kurzem die Junta technische Hilfe für geologische Forschungen bei Polyphyton in Nordgriechenland in Höhe von 18 Millionen DM beantragte, wurde der Antrag abgelehnt, unter Hinweis auf den Beschluß des Bundestages.

Welche Rückwirkungen ihre eigene Politik auf die Junta hat, zeigt neben der Beschränkung der Kreditquellen des Auslandes auch die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit in Griechenland ständig zunimmt. Im Jahre 1969 sind 91.552 Griechen ausgewandert gegenüber 46.896 im Jahre 1968, also rd. 90 Prozent mehr. Dieser Trend dürfte sich noch verstärken, wenn die Suspendierung der griechischen Assoziierung mit der EWG endgültig ausgesprochen wird. Denn die landwirtschaftlichen Produkte, die in die sechs Länder ausgeführt werden - das sind 38 Prozent des gesamtgriechischen Exports -, werden dann nicht mehr die Privilegien der Gemeinschaft genießen.

Trotz dieser düsteren Wirklichkeit feierte das Regime jetzt pompös sein 3-jähriges Jubiläum; seine Vertreter betonten, daß die griechische Wirtschaft nie zuvor so stabil gewesen sei und daß die Griechen erst heute mit einer solchen Zuversicht der weiteren Wirtschaftsentwicklung ihres Landes entgegen sähen.

+ + +